

---

## 1115/A(E) XXVII. GP

---

**Eingebracht am 20.11.2020**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

# ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Hermann Brückl, MA  
und weiterer Abgeordneter

## **betreffend Sommerschule für alle Schülerinnen und Schüler ermöglichen**

Bereits im türkis-blauen Regierungsprogramm 2017 wurde festgehalten:

*Entlastung der Eltern durch Anbieten von Lernmodulen in einer „Sommerschule“*

Durch das Versäumnis bei der Umsetzung durch das ÖVP-Bildungsministerium, das erst im Zuge der Corona-Krise tätig wurde, kam es 2020 zu einer etwas chaotischen, sehr abgespeckten „Sommerschule“ mit bescheidenem Erfolg.

Diese „Sommerschule“ stand nur für ausgewählte Schülerinnen und Schüler zur Verfügung, es gab nur einen Deutschschwerpunkt und Lehramtsstudierende wurden mit fünf ECTS-Punkten als „Bezahlung“ abgespeist.

Ein Entschließungsantrag, um eine Sommerschule für alle Schülerinnen und Schüler bereits 2020 zu ermöglichen, wurde von den Regierungsparteien am 17. Juni 2020 abgelehnt.

Ein weiterer Entschließungsantrag, um rechtzeitig für 2021 vorzusorgen, wurde am 7. Juli 2020 von schwarz-grün abgelehnt. Stattdessen wurde eine Entschließung ohne konkrete Inhalte beschlossen:

*Der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung wird ersucht, auf Basis der Erkenntnisse aus dem Pilotprojekt „Sommerschule 2020“ dem Nationalrat eine Regierungsvorlage vorzulegen, mit welcher der Sommerunterricht für jene Schülerinnen und Schüler, die es brauchen, und um Eltern zu entlasten auch in den Sommermonaten der nächsten Jahre angeboten werden kann*

Inzwischen hat die schwarz-grüne Bundesregierung den nächsten Anschlag auf die Schülerinnen und Schüler verübt, in dem sie diese neuerlich für mehrere Wochen ins „distance learning“ geschickt haben.

Ein Konzept, wie der dadurch entstandene und noch entstehende Bildungsverlust ausgeglichen werden kann, fehlt völlig. Es liegt nicht einmal die in der Entschließung angekündigte Regierungsvorlage für eine „Sommerschule 2021“ vor. Das nächste Chaos ist durch die Untätigkeit des Bildungsministers vorprogrammiert. Leittragende sind allerdings Schülerinnen und Schüler, Lehrerinnen und Lehrer, sowie die Eltern.

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

Es wird Zeit zu handeln!

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Forschung werden aufgefordert, bis zum 31.12.2020 die Voraussetzungen zu schaffen, damit ab dem Sommer 2021 eine gut geplante, für alle Schülerinnen und Schüler bis zur 8. Schulstufe zugängliche, Sommerschule mit folgenden Eckpunkten stattfinden kann:

- ein breites Angebot, nicht nur Deutschförderung
- keine Kosten für die Schülerinnen und Schüler
- die Sicherstellung von ausreichendem Lehrpersonal
- eine ordentliche Bezahlung von eingesetzten Lehramtsstudenten – zumindest in der gleichen Höhe wie außerordentliche Zivildienstler
- eine konkrete Planung jeweils bis zum Ende des Wintersemesters

“

*In formeller Hinsicht wird um Zuweisung an den Unterrichtsausschuss ersucht.*